

Presseinformation

Protesttag der Hessischen Zahnärzteschaft am 25. September 2024

Lieber für einen Tag die Praxis schließen statt für immer: Hessische Zahnärzte gehen auf die Straße

Frankfurt, 17. September 2024. Es brodelt im deutschen Gesundheitssystem: Immer mehr Angehörige der Heilberufe machen ihrem Unmut über eine verfehlte Gesundheitspolitik öffentlich und lautstark Luft. In Hessen waren es zuletzt die Apotheker und die Ärzte – nun gehen auch die Zahnärztinnen und Zahnärzte auf die Straße. Am 25. September, dem Tag der Zahngesundheit, wird protestiert: Hessenweit bleiben daher viele Praxen geschlossen. Zentrale Kundgebungen finden in Frankfurt und Kassel ab 14 Uhr jeweils auf dem Opernplatz statt.

Die Gründe des Protests sind vielfältig: Praxen ächzen unter einer kaum mehr zu überblickenden Flut bürokratischer Auflagen. Teilweise müssen dieselben Dinge doppelt und dreifach dokumentiert werden – manche der Vorgaben entbehren jeder Sinnhaftigkeit. Was dabei auf der Strecke bleibt, ist die Zeit für die eigentliche Aufgabe der Zahnärzte: Patientinnen und Patienten zu behandeln. Hinzu kommt eine ungerechtfertigte Sparpolitik, die zulasten einer vorsorgeorientierten Zahnmedizin geht, obwohl diese in den vergangenen Jahren mit großem Erfolg dafür gesorgt hat, Behandlungskosten kontinuierlich und nachhaltig zu senken. Der Mangel an Fachkräften tut sein Übriges: Schon jetzt schließen Praxen früher als geplant und finden keine Nachfolger. Leidtragende sind die Patienten: Sie müssen auf die gewohnte wohnortnahe zahnmedizinische Versorgung verzichten, dadurch enorme Wartezeiten oder längere Wege zur Praxis in Kauf nehmen.

„Unnötige Bürokratie abzubauen, ist auch ein Anliegen der hessischen Landesregierung, die zu diesem Zweck eigens einen Ministerposten geschaffen hat. Was wir neben diesem sinnvollen Posten vor allem brauchen, ist eine neue Kultur des Vertrauens in die Expertise des Berufsstands. Das Wohl unserer Patientinnen und Patienten steht für uns an erster Stelle. Wir wissen, was vonnöten und was dagegen überflüssig und kontraproduktiv ist. Der Platz, an den wir Zahnärztinnen und Zahnärzte gehören, ist der Behandlungsstuhl und nicht der Schreibtisch. Darauf möchten wir durch unseren Protest aufmerksam machen“, sagt **Dr. Doris Seiz**, Präsidentin der Landeszahnärztekammer Hessen.

„Schon heute sind insbesondere Praxen in ländlichen Gebieten schwer vermittelbar. Junge Kolleginnen und Kollegen, die sich mit der Entscheidung für eine Niederlassung auseinandersetzen, brauchen Planungssicherheit. Die aktuelle Politik schafft stattdessen Verwirrung und Unsicherheit“, sagt **Stephan Allroggen**, Vorsitzender des Vorstandes der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Hessen. „Ein Beispiel dafür ist die elektronische Patientenakte (ePA), die im Februar 2025 als Pflichtenwendung in die Versorgung eingeführt wird, ohne dass

vorher eine ausreichende Testung stattgefunden hat. Das ist für junge Kolleginnen und Kollegen ebenso wenig nachvollziehbar wie für etablierte Praxisinhaberinnen und -inhaber. Unser Protest soll Aufmerksamkeit in der Bevölkerung und bei politischen Entscheidungsträgern schaffen. Wir erwarten ein Umsteuern der Bundesregierung sowie des Bundes- und Landesgesetzgebers, damit die Voraussetzungen für die Sicherstellung der Versorgung in den kommenden Jahrzehnten gegeben sind. Dafür muss auch eine verlässliche und angemessene Vergütung sichergestellt werden, insbesondere wenn wissenschaftlich basierte neue Therapiekonzepte, die der weiteren Verbesserung der Versorgung unserer Patientinnen und Patienten dienen, in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenversicherung aufgenommen werden“.

„Viele Kolleginnen und Kollegen sind angesichts der aktuellen Entwicklungen zunehmend frustriert. Das spüren auch junge Zahnärztinnen und Zahnärzte, die sich sehr genau überlegen, ob sie das Wagnis einer Niederlassung in eigener Praxis eingehen sollen. Freiberufliche Praxen mit ihren engagierten Teams sind das Rückgrat der ambulanten Versorgung. Wir dürfen nicht zulassen, dass diese aufgrund falscher politischer Weichenstellungen weiterhin gefährdet wird. Mit ´wir` sind hier nicht allein die Zahnärztinnen und Zahnärzte gemeint, sondern auch die Patienten, denn deren Versorgung ist akut bedroht“, so **Dr. Andreas Koch**, Vorsitzender des Freien Verbandes Deutscher Zahnärzte, Landesverband Hessen.

Alle Patientinnen und Patienten in Hessen sind herzlich eingeladen, durch ihre persönliche Teilnahme an den Kundgebungen den Protest ihrer Zahnärztinnen und Zahnärzte zu unterstützen. Es geht um die Zukunft unseres Gesundheitssystems und dieses Anliegen betrifft alle.

Weitere Informationen zum Protesttag der hessischen Zahnärzteschaft finden Interessierte auf der [Webseite zum Protest](#). Eine Chronologie bisheriger Protestaktionen finden Interessierte auf der Folgeseite.

Protestaktionen der Heilberufe hessen- und bundesweit (Auszug)

16. September 2024: Der Marburger Bund hat bundesweit alle Ärztinnen und Ärzte, die im Geltungsbereich des TV-Ärzte/VKA arbeiten, zu einem [eintägigen Warnstreik](#) aufgerufen. Auf dem Römerberg in Frankfurt am Main findet eine Protestversammlung statt.

27. & 28. Juni 2024: Aus Protest gegen die geplante Apothekenreform bleiben viele [Apotheken in Hessen geschlossen](#). Am 27. Juni findet eine Protestkundgebung auf dem Opernplatz in Frankfurt am Main statt.

18. Juni 2024: Mit einer [Protestkundgebung und Podiumsdiskussion](#) in Berlin, einem „[Praxissprechtag](#)“ in Baden-Württemberg und Protestaktionen in weiteren Bundesländern weisen zahnärztliche Praxen auf drohende Versorgungsprobleme hin und protestieren für den Erhalt der Zahnarztpraxis vor Ort

12. Juni 2024: [Kundgebung der Bayerischen Landes Zahnärztekammer](#) auf dem Marienplatz in München gegen das Praxissterben

11. April 2024: [Gemeinsam](#) positionieren sich die Spitzen der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KBV), der Kassenzahnärztlichen Bundesvereinigung (KZBV), der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) und der ABDA - Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände in der Bundespressekonferenz gegen die Gesundheitspolitik von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach

19. Oktober 2023: Notruf der Ärzte-, Zahnärzte- und Apothekerschaft: Die Freien Heilberufe bitten in einer [gemeinsamen Pressekonferenz](#) und [Pressemitteilung](#) Bundeskanzler Olaf Scholz um Unterstützung

27. - 29. Dezember 2023: [Ärzteverbände rufen dazu auf](#), Hausarzt- und Facharztpraxen in den Tagen zwischen den Jahren geschlossen zu halten, um damit gegen die Politik von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach zu protestieren

8. September 2023 Demonstration und [Protestkundgebung der medizinischen Fachberufe](#); unterstützt von Zahnärzten aus dem gesamten Bundesgebiet in Berlin

1. Juni 2023: Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) startet im Verbund mit der [KZV Hessen](#) und allen anderen Länder-KZVen die Kampagne [ZÄHNE ZEIGEN](#).